



Atypische Beschäftigung eindämmen

Pressemitteilung von Sabine Zimmermann, 22. Juli 2010

"Wir haben es mit einer strukturellen Zunahme von Leiharbeit, Teilzeitbeschäftigung, Minijobs, Niedriglöhnen und Befristungen zu tun. Darüber kann auch der leichte Rückgang von Leiharbeit und befristeter Beschäftigung im Krisenjahr 2009 nicht hinwegtäuschen. Die Bundesregierung muss endlich Maßnahmen ergreifen, um der Erosion von Normalarbeitsverhältnissen entgegenzusteuern", kommentiert Sabine Zimmermann einen aktuellen Bericht des Statistischen Bundesamtes, dem zufolge die Zahl atypischer Beschäftigungsverhältnisse im vergangenen Jahr zwar rückläufig war, in den letzten zehn Jahren insgesamt aber um 1,8 Millionen auf nun 7,6 Millionen zugenommen hat. Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE erklärt dazu weiter:

"Die strukturelle Zunahme von Leiharbeit, Teilzeitbeschäftigung, Minijobs, Niedriglöhnen und Befristungen sorgt für eine zunehmende Verunsicherung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Immer mehr Menschen können durch Erwerbsarbeit kein existenzsicherndes Einkommen

erzielen. Die Bundesregierung darf nicht weiter weg schauen, sondern muss der Realität des steigenden Armutsrisikos konzeptionell etwas entgegen setzen statt weiter der Prekarisierung breiter Bevölkerungsschichten Vorschub zu leisten.

Den Staat kommt die Zunahme atypischer Beschäftigung in zweifacher Weise teuer zu stehen. Durch immer niedrigere Lohn- und Gehaltssummen und die Zerlegung von Normalarbeitsverhältnissen in Mini- und Midijobs, Leiharbeit und Formen der Selbständigkeit enthalten ihm die Arbeitgeber ganz legal Steuerabgaben und Sozialversicherungsbeiträge vor. Und durch ergänzende Hartz IV-Leistungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in atypischer Beschäftigung subventioniert der Staat dieselben Arbeitgeber dann noch einmal.

Diese arbeitsmarkt- und sozialpolitische Geisterfahrt muss ein Ende haben. Wir brauchen dringend einen gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro in der Stunde, gleichen Lohn im Bereich der Leiharbeit sowie volle Sozialversicherungs- und Steuerpflicht für jede Stunde Arbeit, damit die Förderung von Mini- und Midijobs gestoppt wird. Befristungen ohne einen sachlichen Grund müssen abgeschafft werden."